

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 35 und 34 – Anmeldung zur Sekundarstufe 1 und
Lehrerversorgung an Gymnasien

Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Angelika Birk:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988-1503
Fax: 0431 / 988-1501
Mobil: 0172 / 541 83 53
E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 159.08 / 24.4.2008

Eltern werden aktiv und überholen die Koalition mit links

Zunächst haben die Kommunen über das neue Schulgesetz abgestimmt. Viele stützten sich dabei auf das Votum der Eltern vor Ort. Das hat zu einem - insbesondere von der CDU nicht erwarteten - Boom von Gemeinschaftsschulgründungen geführt. Jetzt stimmten die Eltern noch einmal ab: Durch die Anmeldung ihrer Kinder an den neuen Sekundarschulen.

Hierbei erreicht eine Reihe von Regionalschulen nicht die notwendige Schülerzahl. Gibt es auch solche Fälle bei Gemeinschaftsschulen? Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus dem Elternvotum und von welchen Kriterien lässt sie sich dabei leiten?

Die FDP propagiert „zurück zur Realschule“, dies wäre eine bildungspolitische Geisterfahrt. Wir erwarten gerade angesichts der knappen Ressourcen, dass nicht künstlich Schulen, die vor Ort nicht genug Nachwuchs finden, am Leben gehalten werden.

Da inzwischen sogar die Junge Union fordert, die Regionalschule zugunsten der Gemeinschaftsschule aufzugeben, lässt dies hoffen, dass die Schulreform noch in dieser Legislaturperiode einen weiteren Schritt voran macht. Gemeinsames Lernen muss das Ziel sein.

Einen großen Zulauf haben nicht nur die Gesamt- und Gemeinschaftsschulen, sondern auch die Gymnasien, denn hier wurden schon in den letzten Jahren immer mehr Kinder angemeldet, als das Bildungsministerium vorsah.

1/2

Die eklatant mangelnde Lehrerversorgung an den Gymnasien hat den Landeselternbeirat zu einem offenen Brief veranlasst. Landauf und landab rechnen uns BildungspolitikerInnen Eltern in öffentlichen Versammlungen vor, dass die Schülerzahlen allein jüngst um fünf Prozent an den Gymnasien gestiegen sind. Die 100 neuen Lehrerstellen an Gymnasien wirken wie ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die Rückzahlung der früheren Mehrarbeit durch die Vorgriffstunde in Höhe von mehr als 500 Stellen, vor allem aber die systematisch über Jahre angewachsene Unterversorgung sorgt dafür, dass auch, wenn niemand krank ist, zehn Prozent und mehr an Unterricht ausfallen muss.

Wir haben uns immer gegen die Privilegierung des Gymnasiums ausgesprochen, aber auch die Kinder an Gymnasien haben selbstverständlich das Recht auf individuelle Förderung.

Daher erwarten wir von der Bildungsministerin, dass sie einen ungeschönten Bericht liefert und konkrete Vorschläge macht. Der Bericht zum achtjährigen Gymnasium, den wir morgen debattieren, erfüllt diese Anforderung nicht.
